



Baumpflanzung als Protest gegen Krieg

Foto: R. Adolph

Verschiedene Bäume im Friedenswald vereint

Schüler und Abgeordnete wollen das auch für Völker

„Frieden ist das Beste und Wichtigste auf der Erde“. So formulierte es eine Schülerin der Klasse 8a des Seelower Gymnasiums, nachdem sie zusammen mit Klassenkameraden und den örtlichen Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato (LINKE) und Kristy Augustin (CDU) Ende November im Friedenswald auf dem Krugberg in Werbig drei Bäume der Erinnerung gepflanzt hatte.

Der Friedenswald, nahe den Seelower Höhen, war Anfang der 90er Jahre zur Erinnerung an den mörderischen Zweiten Weltkrieg geschaffen worden. Er symbolisiert

die Gegenvision: Unterschiedliche Bäume wie Ginkgo, Esche und Birke können zusammenstehen und gedeihen wie verschiedene Völker auch in einer menschen- und naturfreundlichen Welt. Die Begegnungsstätte auf dem Krugberg mit zahlreichen Skulpturen und ihrem weiten Ausblick bildet seither den Anfang einer Kette von Friedenswäldern, die über Polen bis Russland reicht.

Mit der aktuellen Pflanzaktion setzten die Landtagsabgeordneten, das Gymnasium auf den Seelower Höhen, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, die Modrow-

Stiftung, der Verein „alternativen denken“ Strausberg sowie Mitglieder der Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland und Vertreter des Friedenswaldes ein Zeichen für eine schnelle Beendigung der russischen Aggression in der Ukraine. Zudem wurde an diesem Novembertag eine weitere Sitzbank auf dem Krugberg dank der Modrow-Stiftung feierlich aufgestellt.

Anschließend diskutierten Gymnasiast*innen gemeinsam mit den beiden Abgeordneten und der Luxemburg-Stiftung über Wege aus dem Krieg. *Fortsetzung Seite 3*

**Gymnasiasten
gegen Waffen**

Seite 3

**Für den Erhalt
der LINKEN**

Seite 4

**75 Jahre
Parteimitglied**

Seite 5

**Linksfraktion
in MOL unterwegs**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ein optimistischer Gruß für das neue Jahr fällt dieser Tage schwer. „DIE LINKE als plurale sozialistische Partei war und ist eine historische Errungenschaft. Heute aber ist sie in Gefahr. Relevante Gruppen in der Gesellschaft fühlen sich von ihr nicht mehr angesprochen.“ So lautet die leider durchaus zutreffende Einschätzung unserer Bundes- und Landesvorsitzenden in ihrer Einleitung der „Leipziger



Niels-Olaf Lüders 2. v. links

Erklärung“ vom 10.12.2022. Der Sinn einer politischen Partei leitet sich aber nun einmal unzweifelhaft im Wesentlichen daraus ab, die Interessen eines relevanten Teils der Gesellschaft politisch zu vertreten. Es kann also für uns eigentlich nur darum gehen, wieder stärker zur Interessenvertretung der Ausgebeuteten und Abgehängten der Gesellschaft zu werden. Oder um es in der ihm eigenen Deutlichkeit mit Heinrich Heine zu sagen: „Dasjenige, was sich nicht durch eigene Kraft erhalten kann, hat auch kein Recht zu existieren.“ Die Frage, ob die in der „Leipziger Erklärung“ aus dieser einleitenden Feststellung gezogenen Schlussfolgerungen nun geeignet sein können, uns in diesem Sinne durch eigene Kraft zu erhalten und wieder stärker zu werden, mag jeder nach der Lektüre selbst für sich beantworten. Der dort entwickelte Lösungsansatz wird jedenfalls wie folgt eingeleitet: „Der Kampf gegen Hartz IV und die Prekarisierung der Arbeit, gegen Privatisierung, den Neoliberalismus und die militärische Durchsetzung westlicher

Vormacht durch Kriegseinsätze war zum Zeitpunkt unserer Gründung das einigende und identitätsstiftende Band, das die Partei zusammenhielt. Seitdem hat sich die Welt weitergedreht“.

Meinen dennoch ungebrochenen Optimismus beziehe ich daraus, dass unsere Partei eben mehr ist als solche offiziellen Erklärungen. Denn hier bei uns vor Ort bestimmt sich der Wert unserer Partei ebenfalls maßgeblich. Und da wurde gerade auch im vergangenen Jahr wirklich Großartiges geleistet. Als Kreisverband befinden wir uns auf einem guten Weg zu alter Stärke und gesellschaftlicher Relevanz zurückzufinden. Lassen wir uns also nicht kirre machen und gehen diesen eingeschlagenen Weg des respektvollen Meinungsstreits und des Voneinander-Lernens hier an der Basis weiter, der in einer pluralistisch strukturierten Partei unabdingbar ist. Ich wünsche Euch einen guten Start in ein hoffentlich besseres, vor allem friedlicheres Jahr 2023!

Niels-Olaf Lüders
Kreisvorsitzender

DIE LINKE. Märkisch-Oderland

Unterstützung der Tafeln vom Kreistag abgelehnt

Angeregt von einem Beschluss des Kreistages Oberhavel haben LINKE und Grüne des Sozialausschusses, dem Kreistag Märkisch-Oderland im Dezember Vorschläge zur Unterstützung der Tafeln zur Abstimmung unterbreitet. Unser Antrag beinhaltete, dass der Kreistag MOL die Bildung eines Fonds in Höhe von 50.000 Euro beschließt, von dem die Tafeln bei Bedarf Mittel zur Deckung von Betriebs-, Fahrzeug- und Kraftstoffkosten beantragen können, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die vorausgesagten Gelder von Bund und

Land nicht ausreichen würden. Zuvor hatten uns im November Vertreter der Tafeln im Ausschuss geschildert, dass sich die Anzahl der Bedürftigen im letzten Jahr nahezu verdoppelt hat, nicht nur wegen der hohen Zahl Geflüchteter. Auch zunehmend mehr Rentner, alleinerziehende Mütter und Familien mit mehreren Kindern müssen jetzt die Tafeln nutzen. Zudem haben die Supermärkte, von denen die Tafeln die Lebensmittel beziehen, ihre Überbestände verringert. Sie bestellen jetzt bedarfsgerechter mit der Folge, dass die Ehrenamtlichen der Ta-

fel mitunter bis zu 100 km fahren, um an Lebensmittel zu kommen. Das braucht mehr Zeit und Kraftstoffkosten.

Unser Antrag wurde auf der Sitzung des Kreistages mehrheitlich abgelehnt u. a. mit der Begründung des 1. Beigeordneten, Friedemann Hanke (CDU), dass der Staat ja Bedürftige ausreichend unterstütze. Die Tafeln dürften nicht mit Steuermitteln gestützt werden, da es ja gemeinnützige Vereine sind.

Unsere Fraktion bedauert diese Entscheidung sehr!

Gabi Gottschling

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Verschiedene Bäume im Friedenswald vereint

Schüler und Abgeordnete wollen das auch für Völker

Fortsetzung von Seite 1

Bei dem Gespräch nach der Baumpflanzung im Gebäude des Gymnasiums waren sich alle einig: Es müssten rasch Wege der Diplomatie zwischen den beteiligten Ländern gefunden werden. Waffenlieferungen trügen dagegen dazu bei, dass der Krieg immer weiter gehe. Leider seien Gesprächskanäle sowohl auf politischer als auch auf regionaler Ebene zwischen Einrichtungen und Verbänden zurzeit abgebrochen. Cathleen Bürgel (RLS) bezeichnete dies als einen schwerwiegenden Fehler. Außerdem sei Solidarität mit allen vom Krieg betroffenen Menschen wichtig.

Kristy Augustin (MdL) plädierte dafür, bestehende Beziehungen wieder zu beleben wie zu Partnern in Weißrussland, mit denen sie dort zusammen 1995 Friedensbäume gepflanzt hatte. Mein-



hard Tietz (RLS) warnte davor, die Kriegsrhetorik weiter anzuheizen. Einige Schüler*innen äußerten Bedenken an der Bereitschaft der Kriegsparteien von ihren jeweiligen Interessen abzuweichen. Bettina Fortunato (MdL) verwies darauf, dass es im Krieg immer um Machtinteressen und Einflussphären gehe. Um das Sterben zu beenden, müssten beiden Seiten

Zugeständnisse abgerungen werden. Es gelte, die kleinen Wurzeln bisheriger Zusammenarbeit wieder zu beleben, um den inneren Druck zu erhöhen.

In der Diskussion über die eigene Beschäftigung der Jugendlichen mit dem Thema Krieg und Frieden boten die Abgeordneten und die Luxemburg-Stiftung ihre Unterstützung für den Vorschlag des Schulleiters, Peter von Campenhausen an, Schülerprojekte zu entwickeln. Zum Beispiel könnten Anschauungstafeln für den Schulhof erarbeitet werden, die den Kampf um die Seelower Höhen von 1945 thematisieren. Die Schüler*innen regten an, sowohl historische Fakten als auch persönliche Schicksale dabei zu dokumentieren, um die leidvolle Geschichte anschaulich widerzuspiegeln, Kriege zu verurteilen und um zu mahnen.

Renate Adolph

„Landesregierung bremst Frauenhausstrukturgesetz aus“

Diese Kritik übt die frauenpolitische Sprecherin der Brandenburger Linksfraktion, Bettina Fortunato zur Antwort auf ihre mündliche Anfrage zum Frauenhausstrukturgesetz Anfang Dezember im Landtag

„Die Antwort der Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen, die auf diese Obhut setzen und vertrauen. Die Koalition bricht damit ihr Wort im Koalitionsvertrag und macht sich unglaublich. Dort und in zahlreichen Sitzungen erklärte die Landesregierung immer wieder, eine bedarfsgerechte Frauenhausfinanzierung sei notwendig, man werde sich darum kümmern und ein sogenanntes Frauenhausstrukturgesetz

auf den Weg bringen. Nun aber verweist das Land auf den Bund und zieht sich auch hier aus seiner Verantwortung zurück. Das ist vor dem Hintergrund der umzusetzenden Istanbul-Konvention und der nach wie vor hohen Zahl an Gewaltdelikten gegen Frauen unverantwortlich. Der lapidare Verweis auf den Bund und das Brechen des Koalitionsvertrags lassen die nötige Ernsthaftigkeit vermissen.

Dabei fehlen laut eines Gutachtens von 2021 zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Brandenburg 288 Plätze für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder. Die Landesregierung hat keine Schlüsse aus den vorliegenden Fakten und Zahlen

des Gutachtens gezogen.

Das versprochene Frauenhausstrukturgesetz in Brandenburg wäre also nicht nur wünschenswert, sondern ist dringend notwendig. Dass betroffene Frauen ihren Eigenanteil in Frauenhäusern künftig nicht mehr selbst bezahlen müssen, war längst überfällig. Aber das reicht nicht. Dies kann nur ein Schritt zu einem verlässlichen und flächendeckenden Hilffssystem sein. Die Brandenburger Koalition steht in der Pflicht, ihr Versprechen einzulösen. Sich aus der Verantwortung ziehen und auf den Bund zeigen, ist nicht die Lösung.“

◀ Linke vor Ort

Für eine geeinte, pluralistische, sozialistische Partei

Aus der Leipziger Erklärung der LINKEN vom 10. Dezember

Auf ihrer Beratung am 10. Dezember in Leipzig unterschrieben die Partei- und Fraktionsspitzen der Bundesebene und aller Landesverbände der LINKEN eine Erklärung, um die krisengeplagte Partei wieder auf einen Erfolgskurs zu bringen. Darin wird u. a. unterstrichen:

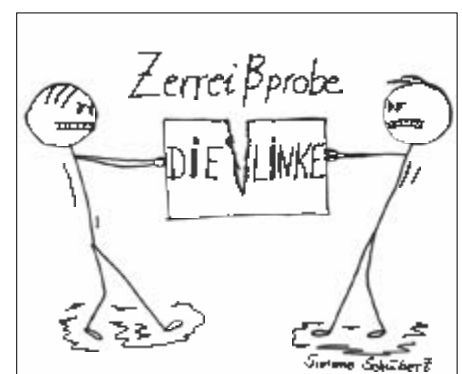
- DIE LINKE als plurale sozialistische Partei war und ist eine historische Errungenschaft. Heute aber ist sie in Gefahr.
- Angesichts der aktuellen, historischen Herausforderungen ist es dringend notwendig unterschiedliche Perspektiven der Linken zusammenzubringen, Kräfte zu bündeln und über Differenzen hinweg gemeinsam Antworten auf die Krisen zu geben.
- Mit der immer sichtbarerem Klimakatastrophe, dem notwendigen Ende des fossilen Kapitalismus, zunehmenden imperialen Rivalitäten zwischen USA-Russland-China, dem Erstarken einer extremen Rechten in Europa und schließlich dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stehen Fragen auf der Agenda, auf die wir nur ungenügend vorbereitet waren.
- Es braucht eine kämpferische LINKE, die in Opposition zur Ampel für die Entlastung der Mehrheit eintritt.
- In der Preiskrise haben wir trotz aller Schwierigkeiten bereits gezeigt, wie wichtig eine Kraft links von SPD und Grünen ist.
- Ohne den Protest und die Impulse von Bewegungen, Verbänden, Gewerkschaften und der LINKEN hätte es weder die Abschaffung der ungerechten Gasumlage noch viele der dringend nötigen Entlastungen gegeben.
- Es ist Zeit für eine Offensive der Umverteilung von oben nach unten und für eine Überwindung der „Schuldenbremse“ mit einer historischen Investitionswende - für gute Arbeit, Gesundheit, Bildung und



Kultur und eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle. Dafür gibt es in allen Umfragen gesellschaftliche Mehrheiten.

- Gemeinsam treten wir ein für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die für Frieden und Klimaschutz kämpft und klare Kante gegen Rechts zeigt.
- DIE LINKE hat den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands von Anfang an verurteilt.
- Statt eines langen Abnutzungskrieges mit verheerenden Folgen, immer mehr Waffen und der Gefahr einer weiteren gefährlichen Eskalation machen wir Alternativen zur militärischen Logik stark.
- Gleichzeitig verkennen wir nicht, dass die Ukraine zum Schlachtfeld einer geopolitischen Auseinandersetzung geworden ist, unter der Millionen Menschen leiden und von der vor allem die Rüstungs- und Rohstoffkonzerne profitieren.
- Der Westen darf auf den Rückgang der globalen Dominanz der westlichen Führungsmacht USA nicht mit der Wiederbelebung von militärischer und ökonomischer Blockkonfrontation reagieren.

- Es braucht internationale Initiativen für Abrüstung und Entspannungspolitik, gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.
- Wir fordern diplomatische Initiativen von Bundesrepublik und EU gegenüber Staaten wie China und Indien, die Einfluss auf Russland ausüben können, um zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu kommen.
- Doppelstandards, die Völkerrechtsverletzungen nicht verurteilen, wenn sie von NATO-Verbündeten wie der Türkei und Saudi-Arabien begangen werden, lehnen wir ab.
- Im kommenden Jahr stehen wir vor wichtigen Wahlen in Berlin, Bremen Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen. Es geht darum, dass eine starke LINKE entsprechenden Druck in Landtagen und Kommunalparlamenten machen kann.
- Unser Ziel ist es, DIE LINKE in den kommenden Wahlen zu stärken für all die Menschen, deren Interessen sonst niemand vertritt. Und für all das, was in einer Gesellschaft unter der Dominanz von Markt und Profit sonst vernachlässigt und kaputt gemacht wird.
- Wir sind bereit für unsere gemeinsame Partei zu kämpfen, das historische Projekt einer geeinten, pluralen sozialistischen Partei zu verteidigen und weiterzuentwickeln.



◀ Linke vor Ort

75 Jahre Parteimitglied – Horst Weiß Bundesgeschäftsführer überreichte Ehrenurkunde



v. l. **Gianna Faust, Tobias Bank, Horst Weiß**

Die Fahrt von Berlin nach Strausberg war es dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Tobias Bank, wert, um Prof. Dr. Horst Weiß zu seiner 75-jährigen Mitgliedschaft in unserer Partei persönlich eine Ehrenurkunde zu überreichen. Gianna Faust und Susanne Lang vom Stadtverband Strausberg waren ebenfalls Anfang Dezember ins Haus der Familie Weiß gekommen und gratulierten dem Parteijubililar mit einem großen Blumenstrauß.

Im Beisein von Ehefrau Gisela und Sohn Gregor (übrigens Vorsitzender der Linksfraktion in der

Strausberger Stadtverordnetenversammlung) würdigte sie das große Engagement des langjährigen Parteimitgliedes. Bereits mit 15 Jahren, im November 1947, war Horst Weiß in die SED eingetreten.

Selbst Sohn eines Kommunisten, der mehrere Jahre im Konzentrationslager Lichtenburg gefangen und als Soldat von der faschistischen deutschen Armee zur Roten Armee übergelaufen war, hat sich Horst immer für eine bessere menschliche Gesellschaft eingesetzt. Voller Elan erzählte der 90-Jährige nun den Gästen bei einem Glas Sekt über Stationen seines umtriebigen Lebens:

Nach dem Studium als Mathematik- und Physiklehrer an der Humboldtuniversität Berlin folgte von 1952 bis 1957 seine wissenschaftliche Aspirantur zur Physik-Unterrichtsmethodik am Moskauer Staatlichen Pädagogischen Lenininstituts. Als Dr. paed. fungierte er schließlich an der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) in Potsdam als Physik-Dozent. Dann wurde Horst Weiß Leiter des Sektors Mathematik und Naturwissenschaften im Ministerium

für Volksbildung (u. a. Einführung des Polytechnischen Unterrichts und von Fachunterrichtsräumen). Ab 1968 war er in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften u. a. Direktor des Instituts für Unterrichtsmittel. In dieser Zeit erfolgten seine Berufung zum ordentlichen Professor sowie zum ordentlichen Mitglied der Akademie (bis zur Abwicklung der Akademie).

DDR-Bildung hatte übernehmbare Strukturen

Stets hat sich Horst Weiß auch in das gesellschaftliche Leben eingebracht, nach der Wende zum Beispiel beim Aufbau der Parteiaktive in Pankow und Marzahn, bei bildungspolitischen Konferenzen der PDS bzw. der LINKEN, im Berlin-Brandenburger-Forum „Schule, Pädagogik, Gesellschaft“ unter dem Dach der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ sowie bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Dabei unterstrich er stets, dass das gegenwärtige Bildungswesen dringender Reformen bedarf, auch durchaus mit bewährten Strukturen aus der DDR.

Renate Adolph

Zum einjährigen Bestehen der Ampelregierung

Jan Korte Linksfraktion im Bundestag:

„Vom Motto ‚Mehr Fortschritt wagen‘ ist nach einem Jahr Ampelkoalition weder der Fortschritt, noch irgendein Wagnis erkennbar. SPD, Grüne und FDP haben sich von ihren Zielen, etwas mehr Gerechtigkeit und etwas Klimaschutz zu erreichen, schon jetzt verabschiedet. Die Kumpanei der Ampel mit den Superreichen

verstärkt nicht nur die schreiende Ungleichheit im Land. Ihr Unwille, den Milliardären etwas von ihrem unermesslich großen Reichtum zu nehmen, um mit den Mitteln als verantwortungsvoller Staat handlungsfähig zu bleiben, wird eine soziale und gesellschaftliche Wüste hinterlassen. Die Bundesregierung

wird von der Bevölkerung gewählt, nicht von BMW, Rheinmetall oder Helios Fresenius. Es ist jetzt Zeit, ein Milliardenpaket für die Zukunft unserer Gesellschaft zu schnüren, sonst werden wir dieses Land in zehn Jahren nicht wiedererkennen.“

◀ Linke vor Ort

Freienwalder Genossen in der Öffentlichkeit



Freienwalder Genoss*innen bilanzieren 2022

Zunächst würdigte unsere Parteigruppe am 12. November den 110. Geburtstag von Erna Kretschmann, Ehrenbürgerin der Stadt Bad Freienwalde. Wir erinnerten an diese kluge, aktive, sympathische Genossin, an ihr Wirken weit über die Region hinaus und nicht nur für den Naturschutz. Auch ein Gedicht ihres Ehemannes Kurt Kretschmann unterstrich ihr Engagement auf schönste Art.

Beim folgenden Rückblick auf unsere Aktivitäten 2022 verwies Karin Klinger auf unser jährliches traditionelles Gedenken immer gleich zu Beginn des Jahres am Grab von Erna Kretschmann, die am 6. Januar 2001 verstorben ist. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März dankten wir in mehreren Einrichtungen den Pflegekräften mit Blumen und kleinen Präsenten für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit. Dabei verwiesen wir auf die von der LINKEN immer wieder

geforderten Verbesserungen ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen.

Zu den markanten Punkten im zurückliegenden Jahr gehörten stets unsere Diskussionen über Lokales und die Politik der Linkspartei. Im April berichteten unsere Delegierten Angela, Marco und Ronny vom Landesparteitag mit dem Haupttenor: Wir müssen in der Partei zusammenstehen, um stark zu sein für die die uns brauchen.

Auch unter den gegenwärtig schwierigen politischen Bedingungen ließen wir es uns nicht nehmen, wie in jedem Jahr am 8. Mai in stillem Gedenken auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof von Freienwalde den Tag der Befreiung zu begehen.

Am wohl heißesten Tag des Jahres im Juni wanderten wir mit der Willkommensgruppe unserer Stadt und den Bewohnern des Oderlandhauses nach Schiffmühle. Wir nutzten die Spenden vom vorjährigen Fest „Freienwalde ist bunt“, um am Feld-

backofen des Ortes mit unseren Gästen, vor allem mit deren Kindern, einen schönen Nachmittag zu erleben. Wir waren auch 2022 wieder bei dem Fest auf dem Marktplatz mit Info-Material, Gesprächen sowie selbst gebackenen Kuchen dabei.

Zu unseren Traditionen gehört auch die kleine Sommerfete im August bei Klingers im Garten. Gekommen waren auch Gäste des Kreisvorstands, was uns sehr freute.

Bei unserem „Roten Frühstück“ auf dem Marktplatz in Freienwalde im Herbst boten wir linkes Info-Material, Gespräche sowie Selbstgebackenes, Schmalzstullen und Getränke an. Dabei konnten wir mit zahlreichen Bürgern ins Gespräch kommen. Es ging u. a. um das kritische Bild der Linkspartei in der Gesellschaft und um den Krieg in der Ukraine. Aktionen dieser Art wollen wir wiederholen.

Am öffentlichen Gedenken zur Pogromnacht in Bad Freienwalde und Wriezen sowie am Volkstrauertag beteiligten sich ebenfalls Genoss*innen.

Um öffentlich weiterhin sichtbar zu sein, brachten wir im Dezember Plakate mit Forderungen der Linkspartei an Litfaßsäulen der Stadt an. Karin Klinger dankte allen für ihre Mitarbeit. Hinzufügen möchte ich, dass Karin selbst der Motor für all unsere Aktivitäten ist. Ihr gilt unser besonderes Dankeschön.

Dorit Schulze

Bücherkiste

Passend zum Fest der Nächstenliebe besorgte ich mir das Buch von Ulrich Schneider. Ich bin ihm einmal begegnet im Rahmen der bundesweiten Arbeitsgruppe der Linken «Wohnen ist Menschenrecht». Seitdem fiel er mir immer wieder auf, wenn er als Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vor Mikrofon und Kamera

zu sozialen Maßnahmen befragt wurde. Letztens wieder so zum geplanten Bürgergeld und zu den neuen Bedarfssätzen. Er fand die vorgesehenen Beträge deutlich viel zu niedrig. Ich reiche sein aufschlussreiche Buch „Wohlstand für alle“ gern Freunden und Genossen weiter. Aus dem Klappentext: »Deutschland ist das viertreichste

Land der Welt. Wir haben alle Möglichkeiten, das Auseinanderfallen dieser Republik zu verhindern und eine gerechte und gute Gesellschaft für alle zu schaffen.»

Karin Bähler
Hoppegarten



◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Keine Erhöhung der Kreisumlage geplant

Linksfraktion unterwegs in Einrichtungen des Landkreises

Die Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland traf sich Ende November zur Beratung des Kreishaushaltes 2023 im Bürger- und Kreativhaus Bruchmühle. Damit folgten die Abgeordneten erneut der Tradition, ihre Diskussionsrunden an verschiedenen Orten im Landkreis durchzuführen. So können sie unmittelbar einzelne Einrichtungen und Vereine kennenlernen und erfahren, wo hier der Schuh drückt. Im Bürger- und Kreativhaus berichtete ihnen Leiterin, Katrin Schultz, dass sich die Begegnungsstätte seit 2013 zu einem vielseitigen Treffpunkt im Ortsteil Bruchmühle der Stadt Altlandsberg entwickelt hat. Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Jugendtreff, Ferienspiele, Feste, Ausstellungen, kulturelle Veranstaltungen für Alt und Jung liegen in den Händen des Jugend- und Kulturvereins Bruchmühle e. V. Finanziert werde die wichtige gesellschaftliche Arbeit von der Stadt Altlandsberg, von Vereinsmitgliedern und Sponsoren.

Bereits im Oktober hatten sich

die Kreistagsabgeordneten bei ihrem Besuch in der Jugendwerkstatt Hönow von einem gleich großen Engagement der dortigen Sozialarbeiter*innen in der bedeutsamen Kinder- und Jugendarbeit überzeugen können.

In der Diskussion des Haushaltsplanes des Landkreises 2023 begrüßten es die LINKEN, dass die Kreisumlage trotz der aktuellen krisenhaften Situation und dank hoher Rücklagen nicht erhöht werden solle. Dennoch bedeuteten die zahlreichen zusätzlichen Aufwendungen u. a. angesichts der enorm gestiegenen Energiepreise zum Beispiel in Schulen, Krankenhäusern und anderen kreislichen Einrichtungen große Anstrengungen. Im Gesundheitsamt und anderen Bereichen werde zudem mehr Personal benötigt.

In der weiteren Beratung zog Amtsleiter Tobias Seyfarth eine positive Bilanz der Entwicklung der Kreismusikschule Märkisch-Oderland in den zurückliegenden zwei Jahren. Es habe sich bewährt, die Schule in den Händen des Landkreises fort-

zuführen. Zehn Musiklehrer*innen unterrichteten zurzeit rund 1000 Kinder und Erwachsene. Dennoch sei die Nachfrage höher als die gegenwärtigen Möglichkeiten. Die Musikschule biete darüber hinaus zahlreiche Angebote in Kitas, die aber noch ausbaufähig seien. 2023 werde es wieder den Wettbewerb „Jugend musiziert“ sowie die zahlreichen beliebten öffentlichen Veranstaltungen mit den Musikschülern geben, sagte Tobias Seyfarth zu.

Renate Adolph



v. l.: Dieter Schäfer, Uwe Salzwedel, Bettina Fortunato, Dietmar Barkusky

„Die Letzten machen das Licht aus.

Arbeitsgerichtsreform wirft Schatten auf die Justiz.“



Das meint die rechtspolitische Sprecherin der LINKEN. im Landtag, Marlen Block, im Dezember angesichts der

Schließung von Arbeitsgerichten in Brandenburg:

„In Potsdam schließt das größte Arbeitsgericht des Landes, in Senftenberg die Außenkammer des ArbG Cottbus. In Eberswalde wird das Arbeitsgericht zur Außenkam-

mer. Damit geht an diesen Standorten eine mehr als dreißigjährige Justizgeschichte zu Ende.

Anders als in anderen Gerichtszweigen sind die Eingangszahlen 2017 – 2020 für Cottbus und Potsdam gleichbleibend und nicht rückläufig. Dabei weist die Arbeitsgerichtsbarkeit die mit Abstand älteste Richterschaft auf, was sich bereits in vielen Pensionierungen in diesem Jahr und krankheitsbedingten Unterbesetzungen einzelner Standorte zeigt. Angesichts dessen bleibt zu be-

sorgen, dass die als Ersatz für die geschlossenen Standorte geplanten Gerichtstage nur sporadisch stattfinden.

DIE LINKE fordert, bei der Umsetzung der Arbeitsgerichtsreform alle Standorte mit neuen und jüngeren Richtern auskömmlich zu besetzen und dabei auf die Interessen der vorhandenen Richterinnen und Richter Rücksicht zu nehmen. Die geplanten Umsetzungen entgegen dem Votum des Richterwahlausschusses müssen unterbleiben.“

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

Urlaub bis 06. 01. 2023

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. Jan. 2023

Erscheinen: 1. Feb. 2023

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

**DIE LINKE hilft bei Technik:
Computer, Handy, Geräte**

jeden 3. Sonntag im Monat,
11–13 Uhr vor Ort oder per
Video: bit.ly/03341

**DIE LINKE hilft :
Kostenlose Rechtsberatung**

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
vor Ort oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

Die **Linksfraktion des Kreistages** berät am 11. Januar, 18 Uhr.

Der **Kreisvorstand der LINKEN. MOL** trifft sich am

◀ **Wusstest Du schon?**

Polizei bekommt Panzerwagen



2023 bekommt die Polizei 55 neue Panzerwagen, 10 gehen an die Bundespolizei, 45 an die Länder. Sie

kosten Millionen. Die gepanzerten Fahrzeuge entsprechen nahe dem, was das Militär nutzt. Sie sollen Polizisten vor Molotowcocktails, Kriegswaffen Terroranschlägen und atomaren Kampfstoffen schützen. Der Hersteller Rheinmetall nennt diese Art Militär-Lkw Survivor – heißt Überlebender.

Zitat des Monats

„ im Kapitalismus manipulieren politische Lobbyisten permanent die Preisregularien von Angebot und Nachfrage, um maximale Profite zu generieren. Sie nutzen dazu Lügen, die Ausschaltung von Konkurrenten und die Provokation zu Krisen und Kriegen. Aus diesen Ereignissen nachfolgender Verknappung von Rohstoffen und Waren und damit Verteuerung, erzielen sie hohe Gewinne ... „
Aus dem Leerstoff der 7. Klasse Staatsbürgerkunde in der DDR

(Was haben wir in der DDR aber auch für einen Mist gelernt.)

Am 15. Januar 2023

ehrt DIE LINKE. gemeinsam mit vielen fortschrittlichen Organisationen

Rosa Luxemburg und **Karl Liebknecht** in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde. Sie erinnern an die Ermordung von Karl und Rosa vor 104 Jahren und mahnen vor Kriegstreibern.



Liebe Leserinnen und Leser,

bitte teilt uns Eure Meinung über einzelne Beiträge oder die gesamten Impulse mit.

Gern könnt Ihr Euch auch mit Euren Gedanken zu aktuellen Ereignissen oder mit Veranstaltungs- und Buchtipps an der Zeitung beteiligen.

Hilfreich sind zudem Spenden für unser Kreisblättchen, die Ihr mit dem Kennwort „Impulse“ auf das Konto des Kreisverbandes überweisen könnt:

DIE LINKE. MOL, Sparkasse MOL, DE97 1705 4040 3008 0274 49.

Herzlichen Dank!

Wir wünschen Euch ein gutes, gesundes und vor allem friedliches neues Jahr! Renate Adolph, Simone Schubert und Arménio Fortunato.